

---

Jürgen Habermas

---

Eine Art Schadensabwicklung

---

edition suhrkamp

---

SV

es 1453

edition suhrkamp

Neue Folge Band 453

Jürgen Habermas (1929-2026) war zuletzt Professor für Philosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sein Werk liegt im Suhrkamp Verlag vor.

Jürgen Habermas  
Eine Art Schadensabwicklung  
*Kleine Politische Schriften VI*

Suhrkamp

3. Auflage 2026

Erste Auflage 1987  
edition suhrkamp 1453  
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag GmbH, Berlin, 1987

Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch  
eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining  
im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlag gestaltet nach einem Konzept  
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Druck: Libri Plureos GmbH, Hamburg

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-11453-7

Suhrkamp Verlag GmbH  
Torstraße 44, 10119 Berlin  
info@suhrkamp.de  
www.suhrkamp.de

## *Inhalt*

- Vorwort 7
1. Zwei Reden 9
    - Keine Normalisierung der Vergangenheit 11
    - Über den doppelten Boden des demokratischen Rechtsstaates 18
  2. Heinrich Heine und die Rolle des Intellektuellen in Deutschland 25
  3. Zwei Interviews 55
    - Kritische Theorie und Frankfurter Universität 57
    - Über Moral, Recht, zivilen Ungehorsam und Moderne 64
  4. Die Idee der Universität – Lernprozesse 71
  5. Die Schrecken der Autonomie. Carl Schmitt auf englisch 101
  6. Eine Art Schadensabwicklung 115
    - Eine Diskussionsbemerkung 117
    - Apologetische Tendenzen 120
    - Vom öffentlichen Gebrauch der Historie 137
    - Nachspiel 149
  7. Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität
    - Die Westorientierung der Bundesrepublik 159
    - Nachweise 180



## Vorwort

Der relativ kurze, nur zweijährige Abstand, in dem auf die *Neue Unübersichtlichkeit* eine weitere Sammlung politischer Schriften folgt, erklärt sich aus einem zufälligen Umstand. Meine Antwort auf eine Polemik von A. Hillgruber (in diesem Band S. 149 ff.) konnte wegen eines Vetos in die bei Piper erscheinende Dokumentation des sogenannten Historikerstreites nicht vollständig aufgenommen werden. Daraufhin habe ich mich entschlossen, alle meine Beiträge zu dieser Debatte in dem vorliegenden Kontext zugänglich zu machen.

Frankfurt, im März 1987

J. H.



## 1. Zwei Reden

Kommt man in die Jahre, wächst die Gefahr, zum Festredner zu werden. Die eher schwierigen Gelegenheiten sind freilich auch eine Herausforderung: so die Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises am 18. November 1985 im Münchener Rathaus und der Hessische Verfassungstag 1985, an dem wie jedes Jahr die Wilhelm-Leuschner-Medaillen vergeben wurden.



## Keine Normalisierung der Vergangenheit

»Vierzig Jahre danach« – unter dieser Formel verbirgt sich auch unser Erstaunen darüber, daß für die heute 15jährigen das Nazi-Regime unmittelbar in die Gegenwart hineinragt. Für uns damals, die wir am Ende des Krieges 15 waren, gehörte das entsprechende Jahr 1905 zur Vorvergangenheit. Der revolutionäre Aufstand in Petersburg beispielsweise oder Wilhelms II. »Tigersprung« nach Tanger waren, so schien es uns, durch den Ersten Weltkrieg schon von der Vergangenheit der Weimarer Republik abgeschnitten. Erst die jüngsten Jahrestage haben uns diesen Zeitmaschineneffekt zu Bewußtsein gebracht.

Die Geschichte fließt nicht mehr zwanglos ab. Eine aus den moralisch unverdauten Brocken jener Periode errichtete Barrikade scheint den Zeitfluß zu stauen, die Geschichte der Bundesrepublik nicht freizugeben für den rhythmischen Wellenschlag verblassender Erinnerungen. Noch das Vergessen steht unter dem Zwang des Nicht-vergessen-Könnens; das nennen wir Verdrängung. Es ist, als wenn sich jene zwölf Jahre unter dem Druck immer erneuter Aktualisierungen ausdehnten, statt aus immer entfernteren Retrospektiven zu schrumpfen. Die vergangenen Gegenwarten bleiben auf unheimliche Weise aktuell und halten die Diskussionen heute stärker besetzt als in den fünfziger und den frühen sechziger Jahren. Dieses Phänomen ist in der Öffentlichkeit zuerst 1983 registriert worden, als wir uns klarmachen mußten, daß uns schon ein halbes Jahrhundert vom Tag der sogenannten Machtergreifung trennte. Das Phänomen kehrte 1984 wieder, als sich das Gedenken an den 20. Juli aus der Starre zereemonieller Selbstbestätigung löste und die neue Qualität einer enttabuisierten Selbsterforschung annahm. Am 8. Mai 1985 haben schließlich die öffentlich-rechtlich inszenierten Peinlichkeiten von Bitburg und Bergen-Belsen das Bewußtsein der Nation gespalten.

Die heillosen, auch in den Frontstellungen heillos verwirrten Diskussionen um die Frankfurter Aufführung des Stückes von Rainer Werner Fassbinder sind kaum abgeklungen; und schon verstärkt sich jener moralische Sperrkliffeneffekt der Jahre zwischen 1933 und 1945 durch die Reaktionen, die er auslöst. Ich möchte drei Reaktionsmuster unterscheiden.

Da sind zunächst diejenigen, die sich, von Staats wegen ermuntert, seit der Mitte der siebziger Jahre darum bemühen, endlich einen Schlußstrich zu ziehen; sie fühlen sich heute in ihrer vorerst gescheiterten Absicht bestätigt. Helmut Dubiel hat diese Entsorgungsmentalität beschrieben: man verhält sich zur nationalen Vergangenheit wie zu einem Atomkraftwerk, für dessen strahlenverseuchten Müll noch keine Endlagerung gefunden ist. Dafür bietet sich eine funktionalistische Begründung an; wenn man die Selbstbehauptungskräfte eines Volkes durch ein gesundes Identitäts- und Geschichtsbewußtsein stärken wolle, müßten eben zustimmungsfähige Vergangenheiten mobilisiert werden, und nur solche.

Sodann gibt es diejenigen, die sich auch für eine historisierende Abnabelung von der Zeit des Nationalsozialismus aussprechen, aber aus anderen Gründen. Jener komplexe Zusammenhang von Kriminalität und weiterlaufender Normalität des NS-Alltags, von Zerstörung und vitaler Leistungskraft, von Systemperspektive und Nahoptik vor Ort soll so objektiv vergegenwärtigt werden, daß die kurzatmig pädagogisierende Vereinnahmung dem distanzierenden Verstehen Platz machen kann. Diese Reaktion ist nicht wie die erste von dem Impuls bestimmt, die Hypotheken einer glücklich entmoralisierten Vergangenheit abzuschütteln. Vielmehr soll die Differenzierung zwischen dem Verstehen und dem Verurteilen der schockierenden Vergangenheit eine hypnotische Lähmung lösen helfen.

Schließlich gibt es diejenigen, die meinen, daß sich der fortdauernde Schock in der Befangenheit des historischen Blicks wohl äußert, aber darin nicht seinen Grund hat. Eine heilende Kraft gehe von dem Verstehen aus, das eher durch den psychoanalytischen Arzt oder analytischen Filmemacher gefördert werden könnte als durch eine – mit ideologischem Aufwand wiederbelebte – Deutsche Historische Schule.

Dieses dritte Reaktionsmuster korrespondiert mit Überzeugungen der Weißen Rose. Im vierten ihrer Flugblätter ist die Rede von einer »Erneuerung des schwerverwundeten deutschen Geistes« – und auch davon, daß »dieser Wiedergeburt die klare Erkenntnis aller Schuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hat, und ein rücksichtsloser Kampf gegen Hitler und seine allzu vielen Helfershelfer, Parteimitglieder, Quislinge usw. vorausgehen« müsse. Daß dem Wiederaufbau ein solcher Kampf nicht

vorausgegangen ist, wissen wir. Daß sich der deutsche Geist von seinen Verwundungen bis heute nicht erholt hat, davon sprechen wir gerade. Sollte das nicht auch damit zu tun haben, daß die eine Forderung so wenig erfüllt worden ist wie die andere – die Anerkennung einer aus Mithaftung resultierenden Verantwortung? Die Herrschaft der alptraumhaft wiederkehrenden Vergangenheit über eine unerlöste Gegenwart könnte nur durch die analytische Kraft einer Erinnerung gebrochen werden, die die gelassene historische Vergegenwärtigung des Geschehenen nicht mit dessen moralischer Neutralisierung erkauft.

Ich habe drei Reaktionsmuster erwähnt; jedes legt wenigstens implizit eine Erklärung für das Phänomen nahe, das solche Reaktionen auslöst; zu wenig Verdrängung sagen die einen, zu wenig leidenschaftsloses historisches Verstehen, zu wenig schonungslose Anamnese sagen die anderen. Es gibt sicher auch trivialere Gründe. Die nachwachsenden Generationen sind von der indirekten Verstrickung des mithaftenden Zeitgenossen ebenso frei wie von persönlicher Schuld. Sie haben weniger Gründe als die Älteren, Fragen zu *unterlassen*. Aber welche Gründe haben sie, überhaupt Fragen zu stellen? Warum geht die Diskussion weiter, offener und intensiver, auch aufreibender denn je? Viele Faktoren spielen eine Rolle; das Verhalten jener Gruppe, die wir mit dem Namen der Weißen Rose unauslöschlich verbinden, könnte einen dieser Faktoren beleuchten. Es legt nämlich die kontrafaktische Frage nahe, was denn eine unbewehrte moralische Sensibilität für das alltägliche Unrecht gerade im Inneren eines kriegführenden und daher verletzbaren diktatorischen Regimes hätte politisch bewirken können, wenn sie in der Masse der Bevölkerung wirksam gewesen wäre.

Diese Studenten und der eine Lehrer gehörten nicht zu den vom Gegner definierten Opfern. Sie stammten nicht aus jüdischen Familien; ihre Väter waren keine Kommunisten oder Sozialdemokraten, Zigeuner oder Bibelforscher. Sie hatten keine militärischen, staatlichen oder industriellen Stellungen inne, in denen sie über Kompetenzen verfügt und für weitreichende Entscheidungen Verantwortung getragen hätten. Sie hatten keine Verbindung zu Parteien, die sie im Untergrund organisatorisch hätten unterstützen können. Sie hatten weder im Elternhaus noch auf der Universität Zugang zu anderen kulturellen Ressourcen als zu eben denen, aus denen Staat und Bürgertum seit eh und je, damals

wie heute, ihre Ideale bezogen haben: es war der deutsche Idealismus von Kant, Schiller und Fichte vor dem Hintergrund eines christlich-abendländischen Humanismus. Unpolitisch war ihr Widerstand also in diesem unverfänglichen Sinne, daß sie weder durch Position und Einfluß, noch durch Tradition und Herkunft privilegiert waren, daß sie nicht dazu prädestiniert waren, sich anders zu verhalten als die anderen, die sich einer doppelbödigen Normalität anpaßten. Durchaus politisch war hingegen das, was sie, allein aufgrund moralischer Skrupel, ihren Mitbürgern zu tun geraten haben. Sie verlangten ja nur, die Augen nicht zu schließen vor der Behandlung der Juden, der Russen, der Fremdarbeiter, auch nicht vor der sich anbahnenden Niederlage nach Stalingrad. Sie forderten ja nur jene unauffällig-auffällige Sabotage, die mit dem Entzug von Solidarität beginnt und sich im täglichen Nicht-Mitmachen festsetzt. Keineswegs allgemein zumutbar war das Risiko, das diese Studenten und ihr Lehrer *selber* eingegangen sind; aber jene Art von Renitenz, zu der sie in ihren Flugblättern aufriefen, wäre mit kalkulierbaren und insoweit zumutbaren Risiken verbunden gewesen.

Drei Momente kommen hier zusammen: daß sich diese Gruppe von anderen Gruppen nicht etwa von Haus aus unterschieden hat; daß sie Realistisches gefordert hat; und daß sie diesen Forderungen unter Einsatz ihres Lebens Gehör verschaffen wollte. Diese drei Momente zusammengenommen, könnte ich mir denken, lassen gerade die Weiße Rose, durch einen Film ins öffentliche Bewußtsein getreten, zu einem Stachel werden, der die Jüngeren auch nach 40 Jahren nicht ruhen läßt zu fragen: wie denn jene unzähligen Unterlassungshandlungen möglich waren, aus denen die Stabilität des Unrechtsstaates bis zum bitteren Ende nur die Summe zu ziehen brauchte.

Indem ich an diese Dinge erinnere, will ich deutlich machen, warum ein Preis, der den Namen der Geschwister Scholl trägt und an deren Freundeskreis erinnert, ein *unmöglicher* Preis ist. Mit Erleichterung stellt man beim zweiten Hinsehen fest, daß es sich um einen Preis handelt, der von Verlegern für Tätigkeiten am Schreibtisch vergeben wird. Auch noch auf den Buch-Preis werfen indessen die Namengeber einen so langen Schatten, daß Klärungen angebracht sind.

Es gibt gewisse Bücher, auch heute noch, selbst in diesem

Herbst und in einem bayerischen Verlag, hinter denen eine der Weißen Rose würdige Lebensgeschichte steht. Lisa Fittkos Erinnerungen an die Jahre 1940/41 sind von dieser Art. Der Titel *Mein Weg über die Pyrenäen* bezieht sich auf jene einzigartige Pfadfindertätigkeit einer jungen Frau, die, selber als Sozialistin und Jüdin von den Nazis gehetzt, monatelang auf der Seite des besetzten Frankreich in Unsicherheit aushielt, um bis zu dreimal in der Woche Flüchtlingsgruppen über einen alten Schmuggelpfad nach Spanien in Sicherheit zu bringen. (Benjamin war übrigens der erste, den sie auf diesem Wege an die spanische Grenze führte.) Aber schon das Buch, für das meine Vorgängerin Anja Rosmus-Wenninger (mit so viel mehr Recht als ich) ausgezeichnet worden ist, kann nicht mehr die Beglaubigung durch außerordentliche Lebensumstände für sich in Anspruch nehmen. Und die männlichen Preisträger könnten, soweit ich das überblicke, wohl nicht einmal die ungewöhnliche Zivilcourage dieser jungen Historikerin für sich geltend machen. Walter Dirks steht mit Werk und Lebensgeschichte immerhin ein für die Tradition von Carl Muth und Theodor Haecker. Aber wir anderen haben doch nichts anderes vorzuweisen, als daß wir gelegentlich die Rolle des Intellektuellen wahrnehmen in einer Gesellschaft, die das erlaubt und sogar prämiiert. Gestatten Sie mir deshalb noch einen Hinweis auf die Umstände, die die Lage des Intellektuellen heute grundsätzlich unterscheiden von jener Situation, in der Kurt Huber – für das Schlußwort vor dem »Volksgerichtshof« – ein sokratisches Bekenntnis niedergeschrieben hat. Die politischen Verhältnisse waren damals zur Kenntlichkeit entstellt. Diejenigen, die das Risiko einzugehen bereit waren, konnten eine einsame moralische Einsicht gegen die offizielle Welt als fundamentale Gewißheit behaupten und ihr dadurch unmittelbar politische Bedeutung verleihen. Diese Grenzsituation eines die Wahrheit bekennenden Philosophen ist unendlich weit entfernt von der Normallage, auf die der Intellektuelle angewiesen ist. Seine moralische Überzeugung ist weder fundamental, noch kann sie unvermittelt politisch wirksam sein. Wohl dem Land, das nur Intellektuelle nötig hat.

Der Intellektuelle ist nicht mit seinem Gewissen allein; er wendet sich an eine demokratische Öffentlichkeit und appelliert an Rechte, von denen er unterstellt, daß sie als verbindlich akzeptiert werden. Heute beginnen in Genf die Abrüstungsver-

handlungen zwischen Reagan und Gorbatschow; lassen Sie mich deshalb die von Inge Aicher-Scholl initiierten und in der letzten Nummer der *Zeit* veröffentlichten Appelle als ein Beispiel nennen: »Wenn wir durch Sie«, so redet hier Ilse Aichinger den Präsidenten und den Generalsekretär an, »dem Frieden um einen Schritt näher kämen, in dieser Stunde, die der letzten sehr ähnlich sieht, könnten wir den Heranwachsenden wieder in die Augen schauen und miteinander bauen, was gegeneinander nicht möglich ist.« Diese Worte zeugen vom Pathos des Intellektuellen, der auch gegen die Tatsachen auf eine Öffentlichkeit vertraut, in der Einstellungen durch Argumente verändert werden können. Bereits das Pathos dieses »allgemeinen Intellektuellen«, den Foucault in Sartre verkörpert sah, wird freilich gebrochen durch ein fallibilistisches Bewußtsein. Gewiß streitet er öffentlich für seine Auffassungen, aber er ist sich bewußt, daß es bei einer gemeinsam betriebenen Aufklärung niemanden geben kann, der sich nicht irren könnte.

Die Probleme, die heute öffentliches Interesse beanspruchen, sind meistens kompliziert und erfordern auch die Kenntnisse von Experten; oft läßt ihr Zuschnitt eindeutige moralische Zurechnungen nicht zu. Selbst den Verteidigern einer Militarisierung des Weltraums muß man Argumente zubilligen, die, so falsch sie sein mögen, keineswegs prima facie unmoralisch sind. Und die Kritik an jener Weltwirtschaftsordnung, in der der moralisch empörende Hunger der Sahel-Zone und anderswo seinen festen Platz hat, ist mit moralischen Argumenten allein kaum zu bestreiten. Daher erwächst den Literaten in ihrer Rolle des allgemeinen Intellektuellen heute durch Physiker, Ärzte, Militärs, Wirtschaftswissenschaftler, Psychologen, durch Spezialisten aller Art, wenn sie sich öffentlich engagieren, eine nützliche Konkurrenz. Diese sind normalerweise im Umgang mit hypothetischem Wissen geübt und unterminieren jenen falschen Anspruch auf einen privilegierten Zugang zur Wahrheit, den Intellektuelle in Deutschland zu lange einem überholten elitären Selbstverständnis der Philosophie entlehnt haben. Unangenehmer freilich, und in deutschen Traditionen tiefer eingebettet, ist der Typus des Gegenintellektuellen, der damit beschäftigt ist, unersglichen und damit sich selbst zu denunzieren.

Wie Sie wissen, klagen Intellektuelle gerne über das Elend anderer Intellektueller. Bevor ich dieser Neigung nachgeben kann, schließe ich mit einem Dank an die Stadt München und den Verband der Bayerischen Verleger. Ich bedanke mich dafür, daß ich in meiner nebenberuflichen Rolle als Intellektueller für etwas ausgezeichnet werde, das mir die Jury, wie ich mit Überraschung sehe, zum Verdienst anrechnet.

## Über den doppelten Boden des demokratischen Rechtsstaates

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sie haben mir die ehrenvolle Rolle zugebracht, für diejenigen Dank zu sagen, die hier die höchste Auszeichnung des Landes Hessen entgegennehmen. Was ich im Namen von uns allen sagen kann, sage ich gerne und ohne Vorbehalt: Jeder fühlt sich auf seine Weise durch Pfade der Lebensgeschichte dem Lande Hessen und den Leuten, die hier leben, so verbunden, daß ihn eine solche Auszeichnung freut und mit Befriedigung erfüllt. Ebenso eint uns die Achtung vor der politischen Leistung und der Person des Gewerkschaftsführers, des sozialdemokratischen Innenministers im Volksstaat Hessen, vor allem des Widerstandskämpfers Wilhelm Leuschner. Dessen brauche ich mich in diesem Kreise nicht erst zu vergewissern.

Aber schon die allgemeine Begründung, mit der diese Medaille verliehen wird – besondere Verdienste um die demokratische Gesellschaft und deren Einrichtungen –, wird bei jedem von uns eine andere Reaktion auslösen. Bei mir beispielsweise stößt sie auf eine nur durch protokollarische Zurückhaltung gemilderte Ungläubigkeit. Zudem – von nun an kann ich nur noch im eigenen Namen sprechen – komme ich zum ersten Mal mit etwas in Berührung, das von ferne, allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz, doch eine gewisse Ähnlichkeit hat mit einem von Staats wegen verliehenen Orden. Sonst pflegen ja, um nicht erst in Verlegenheit zu geraten, Intellektuelle wie ich den Umgang mit staatlichen Ehrenzeichen überhaupt zu meiden.

Andererseits ist es eine demokratische Staatsgewalt, die heute vor 39 Jahren in diesem Lande konstituiert worden ist – und zwar durch eine Verfassung, die in ihrem allgemeinen Teil sehr viel konkreter als das Grundgesetz eine eindrucksvolle politische Antwort auf das Nazi-Regime gegeben hat. In jedem dieser 63 detailliert ausgeführten Menschenrechtsartikel schwingt das Echo eines erlittenen Unrechts mit, das gleichsam Wort für Wort negiert wird. Diese Verfassungsartikel der ersten Stunde leisten nicht nur eine im Hegelschen Sinne bestimmte Negation, sie

zeichnen zugleich die Konturen einer künftigen Gesellschaftsordnung. Der Rechtsstreit um das Aussperrungsverbot des Art. 29 der Hessischen Verfassung hat diesen programmatischen Charakter in Erinnerung gerufen. Die Verfassung zielt auf die Einrichtung einer zugleich sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft ab. Einer der Verfassungsväter, der Staatsrechtler und ehemalige Kultusminister Erwin Stein, hat noch vor wenigen Tagen, aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der hessischen CDU, darauf hingewiesen, daß die gesellschaftspolitischen Inhalte der Hessischen Verfassung weit »über das dürftige und schillernde Bekenntnis des Grundgesetzes zum Sozialstaat« hinausreichen. Mit wieviel Recht Erwin Stein die heute wiederum vergebene Medaille vor 20 Jahren als einer der ersten erhalten hat, wird sofort klar, wenn man bedenkt, was Wilhelm Leuschner im Jahre 1929 als das Große an der Weimarer Republik gepriesen hat: »Das Ziel heißt, aus der politischen die soziale Demokratie zu machen.« Als Leuschner das sagte, wurde ich übrigens gerade geboren.

Wenn nun diese Zusammenhänge, aus meiner politischen Sicht, einen gewissen Verfassungspatriotismus durchaus begründen können, wie erklärt sich dann noch das, sagen wir einmal, Zögern des Intellektuellen gegenüber einer Auszeichnung aus der Hand des Hessischen Ministerpräsidenten? Ich stelle diese Frage nicht aus psychologischen Gründen. Ich meine vielmehr, daß sich im kritischen Abstand des Intellektuellen einerseits, in der Identifikationsbereitschaft und Loyalitätserwartung des Politikers andererseits gleichsam arbeitsteilig zwei gegenläufige Einstellungen ausprägen, die auf eine eigenartige Doppelbödigkeit des demokratischen Verfassungsstaates selber reagieren.

Ich verwende den Ausdruck »Doppelbödigkeit« ganz unbefangen. Unsere aus dem Geist des modernen Vernunftrechts entsprungenen Verfassungen haben nämlich einen doppelten Boden insoweit, wie der radikale Gehalt der Verfassungsprinzipien immer auch hinauschießt über das, was davon in den Institutionen des Staates faktisch schon verkörpert ist. Der demokratische Rechtsstaat kennt nur eine politische Praxis, die sich im Lichte eines solchen normativen Überschusses kontinuierlich rechtfertigen muß. Auch seine Institutionen können sich nur im Medium einer selbstkritischen Vergewisserung stabilisieren – angesichts der Frage, ob der universalistische Gehalt der Verfassungsprinzi-